

**N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 35. Sitzung des Ortsbeirates Leuben (OBR Leu/035/2018)**

**am Mittwoch, 26. September 2018,**

**19:00 Uhr**

**im Ortsamt Leuben, Bürgersaal,  
Hertzstraße 23, 01257 Dresden**

**Beginn der Sitzung:** 19:00 Uhr

**Ende der Sitzung:** 21:58 Uhr

**Anwesend:**

Vorsitzender

Jörg Lämmerhirt

Mitglied Liste CDU

Katrin Hoogestraat

Tobias Kittlick

Carola Klotzsche

Eberhard Kunte

Pia Reinhardt

Mitglied Liste DIE LINKE

Rolf Böhme

Marina Brandt

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Wolf Dieter Stiehl

Mitglied Liste SPD

Michael-Peter Bäuerle

Gottfried Mann

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Michael Kater

Mitglied Liste FDP

Matteo Böhme

Mitglied Liste Bündnis Freie Bürger

Anita Köhler

Mitglied Liste NPD

Hartmut Krien

Stellvertretende Mitglieder

Stefan Müller

Vertretung für Herrn Dr. Rainer Kempe

Verwaltung:

Hartmut Vorjohann, Bürgermeister Bildung und Jugend

Sabine Grohmann, Abteilungsleiterin Amt für Kindertagesbetreuung

Patrick Fischbach, juristischer Referent GB 3

Roberto Bäcker, Vertreter Stadtbezirksamtsleiter

Schriftführer

Paul Kutzschbach, SB Stadtbezirksbeirat

sowie 1 Gast

## T A G E S O R D N U N G

### Öffentlich

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der frist- und ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Kontrolle der Niederschrift zur 34. Ortsbeiratssitzung am 22.08.2018.
- 2 Weiterentwicklung der frühkindlichen und schulischen Bildungsstrategie der Landeshauptstadt Dresden **V2182/18  
beratend**
- 3 Information über die Neufassung des festgesetzten Überschwemmungsgebietes der Elbe in Dresden und die Ausgrenzung der überschwemmungsgefährdeten Gebiete der Elbe
- 4 Allgemeine Richtlinie zur Abgrenzung von an Stadtbezirke übertragene Aufgaben gemäß § 71 Abs. 2 Satz 4 SächsGemO sowie von Aufgaben der Ortschaftsräte gemäß § 67 Abs. 1 Satz 2 SächsGemO (Aufgabenabgrenzungsrichtlinie) **V2523/18  
beratend**
- 5 Richtlinie der Landeshauptstadt Dresden über die Gewährung von Zuwendungen für stadtteil-bezogene Vorhaben (Stadtbezirksförderrichtlinie) unter Abänderung des Beschlusses V0448/15 vom 19. November 2015 **V2524/18  
beratend**
- 6 Geschäftsordnung der Stadtbezirksbeiräte unter Änderung des Stadtratsbeschlusses V0577/10 vom 27. Januar 2011 **V2525/18  
beratend**
- 7 Haushaltssatzung 2019/2020 und Wirtschaftspläne 2019 der Eigenbetriebe - 1. Lesung **V2583/18  
beratend**
- 8 Informationen, Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte
- 9 Informationen des Ortsamtsleiters zum Geschehen im Ortsamtsgebiet

**öffentlich****1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der frist- und ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Kontrolle der Niederschrift zur 34. Ortsbeiratssitzung am 22.08.2018.**

Der Stadtbezirksamtsleiter Herr Lämmerhirt eröffnet die 35. Sitzung und stellt bei 15 anwesenden Stadtbezirksbeiräten bzw. Stellvertretern die Beschlussfähigkeit fest. Herr Müller vertritt Herrn Dr. Kempe. Herr Lämmerhirt informiert, dass der Stadtrat Frau Klotzsche als Nachfolgerin für Herrn Börner als Stadtbezirksbeirätin bestätigt habe. Als neuer Stellvertreter für Herrn Kunte wurde Herr Rönsch berufen.

Die Einladung erging form- und fristgerecht. Herr Lämmerhirt gibt bekannt, dass die Tagesordnung angepasst werden müsse. Die für TOP 3 geplante „Information über die Neufassung des festgesetzten Überschwemmungsgebietes der Elbe in Dresden und die Ausgrenzung der überschwemmungsgefährdeten Gebiete der Elbe“ werde erst in der Sitzung am 24. Oktober 2018 gemeinsam mit dem Antrag „Umgang mit Kleingärten im Abflussbereich der Elbe - Fortschreibung des Förderprogramms einschließlich Aktualisierung der Zielstellungen“ vorgestellt. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte werden dementsprechend vorgezogen.

Die Stadtbezirksbeiräte bestätigen die Tagesordnung einschließlich der Änderung sowie die Niederschrift der 34. Sitzung. Die Niederschrift der heutigen Sitzung werden Frau Köhler und Herr Mann gegenzeichnen.

**2 Weiterentwicklung der frühkindlichen und schulischen Bildungsstrategie der Landeshauptstadt Dresden****V2182/18  
beratend**

Herr Lämmerhirt begrüßt den Beigeordneten des zuständigen Geschäftsbereiches Bildung und Jugend, Herr Vorjohann, welcher gemeinsam mit Frau Grohmann vom Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen die Vorlage vorstellt.

Herr Vorjohann führt aus, dass der Inhalt dieser Vorlage im Zusammenhang mit den Bildungsberichten zu betrachten sei, man jedoch jetzt bereits den finanziellen Mehraufwand innerhalb der Haushaltsplanung verankern müsse.

In Gesamtstädtischer Betrachtung habe Dresden in den letzten Jahren wirtschaftlich und demografisch einen bemerkenswerten Aufschwung erlebt. Seit 2006 seien mehr als 40.000 neue Arbeitsplätze entstanden und die Zahl der Arbeitslosen habe sich halbiert, die Einkommen seien auf breiter Front gestiegen und die Einwohnerzahl zudem stark angewachsen.

Dieser positive Trend sei auch bei der Jugendarbeitslosigkeit zu verzeichnen. In diesem Bereich habe sich das Blatt dahingehend gewendet, dass Firmen und Betriebe kaum noch freie Stellen nachbesetzen können.

Im sozialräumlichen Spannungsfeld befinden sich jedoch auch Stadtteile, die von dieser positiven Entwicklung nur unzureichend erfasst sind und in denen sich zunehmend soziale Problemlagen in allen Ausprägungen konzentrieren. Während die zentralen klassischen Risikofaktoren des Kreislaufes aus Arbeitslosigkeit, Armut, sich auflösenden Familienstrukturen und fehlenden Bildungsab-

schlüssen – induziert über die gute Arbeitsmarktentwicklung – in vielen Stadtteilen als durchbrechbar erscheinen, verfestigt sich dieser negative Wirkungskreislauf in anderen Sozialräumen. In Prohlis, Gorbitz, Reick und Leuben sei der Rückgang der Arbeitslosigkeit im gesamtstädtischen Vergleich am schwächsten ausgeprägt, der 2. Bildungsbericht von 2014 habe dies bereits aufgezeigt. Aktuelle Zahlen änderten dies für die benannten Gebiete nur marginal.

*Anhand einer Grafik zeigt Herr Vorjohann den Zusammenhang von Bildungserfolg und daraus resultierenden Lebensperspektiven je nach stadt- bzw. sozialräumlichen Lage auf.*

Kinder aus sozial schwachen Gebieten weisen neben vermehrten Sprachauffälligkeiten (teilweise bis zu 50%) auch häufige Auffälligkeiten in der Feinmotorik auf. Diese Defizite werden bei der Schulaufnahmeuntersuchung festgestellt.

Auch an den Zahlen zu Gymnasialempfehlungen an Grundschulen sei dies ablesbar. Die Migrationsaufgabe komme in den benachteiligten Räumen erschwerend hinzu. Gleiches gelte auch für Ober- und Schulstandorte, wo teilweise jeder 5. ohne ein Hauptschulabschluss die Schule verlässt.

Schlussfolgend habe man sich die Aufgabe gestellt, eine sog. Bildungswertschöpfungskette zu organisieren. Neben all den Dingen, die man bereits tue, solle noch mehr in frühkindliche Bildung investiert werden, auch mit zusätzlichen finanziellen Ressourcen.

Frau Grohmann stellt das Handlungsprogramm „Aufwachsen in sozialer Verantwortung“ vor, welches Bildung und Erziehung der Kinder in den Familien unterstützen und ergänzen solle. Besonderen Benachteiligungen wolle man damit entgegenwirken. Gerade kleinere Kinder seien besonders lernmotiviert, dies wolle man nutzen. Dabei sei die Sprachentwicklung in den frühen Lebensjahren ein Schwerpunkt. Das Lernen, nicht nur vom Erwachsenen, sondern auch von Kind zu Kind, sei eine weitere Chance. Neben der Betreuungsfunktion solle die Bildungsfunktion intensiviert werden, auch wenn dies zum Teil über den eigentlichen Auftrag der Kitas hinausgehe. Ausgleich von sozial bedingten Startnachteilen, Prävention und Elternbildung seien Mehraufträge an die Einrichtungen. Ein sich daraus ergebender Mehrbedarfsindex (ca. dreimal so hoch) mache bei den am stärksten belasteten Kitas einen höheren Betreuungsschlüssel (Fachkraft-Kind-Schlüssel 1:3 Krippe, 1:7,5 Kita) erforderlich. Auch das Sachkostenbudget solle erhöht werden (150 Euro/Kind). Der Stadtrat habe den Auftrag erteilt, das Handlungsprogramm auch auf Horte auszudehnen. Dies werde man jedoch von Standort zu Standort differenziert umsetzen.

Herr Vorjohann ergänzt, dass das Thema in die Länderhoheit hineinreiche und man daher neue Wege gehen müsse. Das Konzept des Familienklassenzimmers sei hier beispielgebend. Relevante Eltern würden innerhalb eines Gruppenprozesses mit Lehrern und speziell ausgebildeten Therapeuten wöchentlich zusammenkommen, um förderfähigen Kindern die Chance auf einen Besuch der Regelschule zu ermöglichen. Ein Modellprojekt an der 139. Grundschule in Gorbitz sei sehr erfolgreich gelaufen. Schwierig sei, dass nicht das Jugendamt, sondern die Schulleitung definiere, wer eine solche Förderung erhalte.

Neben Grundschulen in Prohlis, Gorbitz, Löbtau-Nord und der Johannstadt-Nord soll auch in Leuben an der 93. Grundschule das Konzept des Familienklassenzimmers angeboten werden.

Die Weiterentwicklung der Bildungsstrategie koste in den nächsten zwei Jahren zusätzlich ca. 12 Mio. Euro. Da der städtische Haushalt durch die gute Konjunktur aber entlastet werde und auch die Kosten der Unterkunft rückläufig seien, könne man zusätzliches Geld in die Bildung investieren. Dabei stelle die Verdopplung des Personalschlüssels den Hauptanteil (allein 2020 6,37 Mio. Euro).

Versuchen wolle man, dass sich der Freistaat an der Finanzierung (auch beim Ausbau des Familienklassenzimmers) beteiligt. Die Verstetigung der Schulsozialarbeit gehöre hier ebenfalls dazu. Das Thema einer besseren Schüler-/Lehrerrelation habe derzeit jedoch nur wenig Erfolgsaussichten.

Herr Lämmerhirt dankt für die umfangreiche und sehr detaillierte Vorstellung und bittet die Stadtbezirksbeiräte um Rückfragen.

**Frau Reinhardt:** Sie begrüßt den Ansatz im frühkindlichen Bereich sehr, da speziell eine sprachliche Verbesserung im fortgeschrittenen Alter immer schwieriger werde. Werden Erzieher in Einrichtungen mit erhöhtem Betreuungsbedarf extra geschult? Wann findet das Familienklassenzimmer statt und wie ist der Rahmen?

**Frau Grohmann:** Die betroffenen Einrichtungen werden seit ca. 10 Jahren wissenschaftlich innerhalb des Dresdner Handlungsprogrammes begleitet. Neue Fachkräfte müssen gut eingearbeitet werden, damit der bisher hohe Standard beibehalten werden könne.

**Herr Vorjohann:** Es seien pro Schulhalbjahr in der Regel zwischen 15 und 17 Sitzungen, welche nach dem regulären Unterricht stattfinden. Im Durchschnitt nehmen 75% der Eltern regelmäßig teil.

**Herr Krien:** Gibt es bei sprachlichen Problemen von Kindern auch offizielle Zahlen, ob die Probleme auch im Elternhaus vorherrschen? Wie verhalte man sich, wenn die Eltern sich gegen die angestrebte Vorbildwirkung der Fachkräfte stellen? Privat falle ihm auf, dass „Problemeltern“ zu Elternabend immer fehlen. Wie sind die Zukunftsaussichten?

**Herr Vorjohann:** Er möchte anmerken, dass es bei vielen sprachlichen Problemen sehr häufig um deutsche Kinder und Jugendliche ohne Migrationshintergrund handelt.

**Frau Grohmann:** Die Fachkraft sei der größte Indikator zur Bindung und Bildung des Kindes. Auf Einwirkungen außerhalb der Betreuungszeit habe man wenig Einfluss, sodass man während der Betreuung die große Chance des Sprachvorbildes nutzen sollte.

**Herr Vorjohann:** Langfristig erhoffe er sich durch die frühzeitige Verbesserung auch positive Auswirkungen am Arbeitsmarkt. Bis dahin müsste jedoch eine breite politische Verankerung sowie eine Zusammenarbeit mit beispielsweise der IHK und der Handwerkskammer erfolgen.

**Frau Brandt:** Begrüßt das Konzept, bezweifelt aber, dass es sich in sozialen Brennpunktgebieten langfristig ändern werde. Gerade im Bereich von günstigen Wohnräumen sei im Umfeld teilweise wenig Perspektive für Kinder und Jugendliche. Auch das Angebot von Familienzentren müsste daher langfristig gestärkt werden. Wie sei die Entwicklung an der Kita Jessener Straße?

**Herr Vorjohann:** Man werde es nicht schaffen, generelle Themen wie Arbeitslosigkeit und Stadtstruktur zu ändern. Jedoch sollte man die derzeitige positive Entwicklung als Chance nutzen, einerseits am Arbeitsmarkt, andererseits die Unterbrechung von generationsübergreifender Weitergabe von Problemen.

**Frau Grohmann:** Die Zusammensetzung der Kita an der Jessener Straße sei insgesamt über die letzten Jahre heterogener geworden, nichts desto trotz halte man an dem erarbeiteten Konzept fest. In der Einrichtung sei eine sozialpädagogische Fachkraft und es gibt eine ESF-Förderung.

**Herr Mann:** Er sei über die hohe Anzahl von Schülern ohne Abschluss besorgt. In der Stadtteiltrunde Leuben habe er verkündet, dass der Freistaat mehr Geld für Schulsozialarbeiter zur Verfügung stellen werde.

**Herr Vorjohann:** Auch Schulsozialarbeit sei sehr sinnvoll und werde derzeit großflächig ausgeweitet.

Herr Lämmerhirt dankt für die Vorstellung und Fragen und stellt die Vorlage zur Abstimmung.

### Zustimmung

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 2



sollen. Der Stadtbezirksbeirat legt im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel fest, welche Straße bevorzugt saniert werden soll. Auch könne man eigene Vorschläge einbringen. Diese werden jedoch erst wieder vom Fachamt analysiert.

**Herr Lämmerhirt:** Es sei vorgesehen, dass dem Stadtbezirksamt bis November 2018 eine Auflistung der Straßen und Grünflächen vorgelegt werde.

**Frau Köhler:** Sie habe das Gefühl, dass sich an der bisherigen Arbeit kaum etwas ändere. Inwieweit haben Ausschüsse und der Stadtrat zukünftig Einfluss auf Vorhaben des Stadtbezirksbeirates?

**Herr Fischbach:** Wenn man frei über finanzielle Mittel entscheiden kann, so könne man schon etwas im Stadtbezirk erreichen. In manchen Fällen sei bereits ein Projektzuschuss ausreichend, damit das zuständige Fachamt eine Maßnahme umsetzen könne.

**Herr Lämmerhirt:** Mit den Themen, die für den Stadtbezirk örtlichen Charakter besitzen, werden sich weder Ausschüsse noch der Stadtrat befassen.

**Herr Mann:** Begrüßt die Vorlage. Insbesondere die Förderung von Vereinen und Verbänden.

**Frau Klotzsche:** Sie sieht eher eine vermehrte Mitsprache im konsumtiven Haushalt. Was die Umsetzung von konkreten Maßnahmen koste, könne man schwer einschätzen.

**Herr Fischbach:** Er wisse von Fällen in Ortschaften, wo der Ortschaftsrat die Planung von Vorhaben bezahlt habe. So habe sich aus Ideen konkrete Projekte entwickelt.

Herr Lämmerhirt dankt für die Vorstellung und bittet um die Abstimmung.

Zustimmung

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 1

<b>4</b>	<b>Richtlinie der Landeshauptstadt Dresden über die Gewährung von Zuwendungen für stadtteil-bezogene Vorhaben (Stadtbezirksförderrichtlinie) unter Abänderung des Beschlusses V0448/15 vom 19. November 2015</b>	<b>V2524/18 beratend</b>
----------	--	------------------------------

Herr Lämmerhirt informiert, dass er bisher gerade einmal 3000 Euro im Jahr für Zuwendungen für stadtteilbezogene Vorhaben für beide Ortsämter zur Verfügung gehabt habe. Insofern gäbe es keine größeren Erfahrungen mit der Vergabe von Zuwendungen. Als letztes habe er die Öffentlichkeitsarbeit für die „Kunstmeile“ am Laubegaster Ufer mit 100 Euro gefördert.

Herr Fischbach führt aus, dass der Stadtbezirksbeirat neue (sog. abgeleitete) Rechte erhalte, welche der Stadtrat größtenteils vorgeben werde. Die betreffe u. a. auch die Stadtbezirksförderrichtlinie. Anlage 2 der Vorlage (Synopsis) zeige die Unterschiede zwischen der bisher bestehenden Fachförderrichtlinie der Ortsämter sowie der künftigen Stadtbezirksförderrichtlinie. Neu sei z. B., dass nunmehr eine Förderung von Kleinprojekten bis zu 100 Prozent möglich sei.

Bereits in der Einleitung werde der Aufgabenkatalog benannt, einzelne Formulierungen habe man geändert bzw. ergänzt, was die Arbeit des Stadtbezirksbeirates aber nicht einschränken werde. Besonders wichtig für die Stadtbezirksbeiräte sei die neue Möglichkeit, Aufgaben nicht nur an Fachämter, sondern z. B. auch an Vereine übertragen zu können. Um unbürokratischer agieren zu können, sei ein Verfahren vorgesehen, bei dem über kleinere Beträge per Umlaufbeschluss (Zustimmung durch Schweigen) entschieden werden kann.

Herr Lämmerhirt dankt für die Vorstellung und bittet um Fragen und Hinweise.



**Frau Hoogestraat:** Erkundigt sich, ob es eine Übersicht gibt, ob und wann Vereine bereits Förderung erhalten haben?

**Herr Fischbach:** Derzeit werde ein Fördermittelsystem innerhalb der Landeshauptstadt Dresden erarbeitet, welches sicherstellen soll, dass eine ehrliche Antragsstellung gewährleistet werde. Generell ist eine Mehrfachförderung kein Problem, jedoch dürfen die Zuwendungen nicht höher sein als die Gesamtkosten.

**Herr Lämmerhirt:** Es soll eine Datenbank geben. Das Stadtbezirksamt könne die Rechtmäßigkeit innerhalb des Antragsverfahrens dann überprüfen.

**Herr Krien:** Wie überprüft man, ob jemand betrüge oder Sachen verschweige?

**Frau Köhler:** Wie verhält es sich mit Projekten, welche bisher beispielsweise eine Förderung durch das Kulturamt erhalten haben?

**Herr Fischbach:** Eine Förderung kann durch verschiedenste Seiten erfolgen. Man muss innerhalb eines Förderantrages angeben, wie die Finanzierung erfolge. Daher werde der Antragssteller angeben, ob und wo er anderweitig gefördert werde. Betrüger hingegen fallen erst im Nachhinein auf, wenn beispielsweise festgestellt werde, dass Quittungen doppelt abgerechnet wurden.

**Herr Lämmerhirt:** Neben Vereinen seien auch Gruppen, Initiativen und Privatpersonen förderfähig.

**Frau Brandt:** Welchen Umfang sollen die Anträge haben?

**Herr Fischbach:** Ziel sei ein einheitliches Formular mit einem Umfang von 3-4 Seiten.

**Herr Lämmerhirt:** Das Stadtbezirksamt biete auch bei der Antragsstellung jederzeit Hilfe an.

Er bittet die Stadtbezirksmitglieder um Abstimmung:

Zustimmung

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 1

<b>5</b>	<b>Geschäftsordnung der Stadtbezirksbeiräte unter Änderung des Stadtratsbeschlusses V0577/10 vom 27. Januar 2011</b>	<b>V2525/18 beratend</b>
----------	--	------------------------------

Herr Fischbach erläutert kurz, dass der Stadtbezirksbeirat eine neue Geschäftsordnung brauche, dazu habe man die bisherige GO Ortsbeirat angepasst und aktualisiert, eine synoptische Gegenüberstellung in der Vorlage zeige die Änderungen auf. Die Geschäftsordnung für die Stadtbezirksbeiräte soll mit Wirkung zum 1. Januar 2019 in Kraft treten.

**Herr Krien:** Bemängelt, dass die Kontrolle der Niederschriften nicht im gleichen Rhythmus durch alle Stadtbezirksbeiräte erfolgt. Ist es möglich, dass man bei vorher erteiltem Hinweis in der Niederschrift zitiert wird?

**Herr Fischbach:** Welche beiden Stadtbezirksbeiräte die Niederschrift unterzeichnen und wie oft ein Wechsel stattfindet, sei nicht explizit geregelt. Auf Wunsch könne auch eine Zitataufnahme erfolgen, jedoch sollte sich die Niederschrift auf eine gedrängte Wiedergabe des Verhandlungsablaufes beschränken.

Herr Lämmerhirt dankt Herrn Fischbach und bittet die Stadtbezirksbeiräte um Beschlussfassung.

Zustimmung

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 1

<b>6</b>	<b>Haushaltssatzung 2019/2020 und Wirtschaftspläne 2019 der Eigenbetriebe - 1. Lesung</b>	<b>V2583/18 beratend</b>
----------	---	------------------------------

Herr Lämmerhirt erläutert, dass die geänderte Hauptsatzung auch zu einer Behandlung der Haushaltssatzung im Stadtbezirksbeirat führe. Er habe heute eigentlich erläutern wollen, wo die einzelnen Positionen des künftigen Budgets stehen. Im Haushalt seien aber nur 10 Euro pro Einwohner abgebildet, weitere Gelder habe er nicht gefunden. Zu einer diesbezüglichen Anfrage an die Kämmererei stehe die Antwort noch aus. Um auf die 25 Euro pro Einwohner laut Stadtratsbeschluss (SR/052/2018) vom 07.06.2018 zu kommen, seien weitere 15 Euro pro Einwohner erforderlich. Bisher wurde aber nur 1 Mio. für die gesamtstädtische Parkpflege zusätzlich in den Haushalt eingestellt. Die Liste der Grünanlagen und Straßen, für die der Stadtbezirk künftig zuständig sein soll, erhalte man auch erst im November. Die Höhe der Gelder zur Förderung von Vereinen und Stadtfesten werde ebenfalls nicht konkret festgeschrieben. Er gehe davon aus, dass es bald belastbare Zahlen gebe, über diese werde man noch vor der 2. Lesung informieren. Grundsätzlich handle es sich dabei ja um konsumtive Mittel, die im Einzelfall jedoch in investiv gewandelt werden könnten. In der Haushaltsatzung sind auch weitere Projekte (über 500.000 Euro) enthalten, welche den Stadtbezirk Leuben betreffen. So werden beispielsweise finanzielle Mittel für den Bau des Verkehrszuges Wehlener Straße - Altfolkewitz - Österreicher Straße und für die Berthold-Haupt-Straße im Rahmen des Wiederaufbauplanes Hochwasser 2013 im Haushalt veranschlagt. Auch die Sanierung des Schulgebäudes der 92. Grundschule findet man als Sammelprojekt mit Fördermittelanwendung im Haushaltsplan wieder.

Herr Lämmerhirt bittet die Stadtbezirksräte, dass sie bis zum 10. Oktober 2018 Fachfragen an das Stadtbezirksamt richten sollen, damit diese noch vor der geplanten Beschlussfassung am 24. Oktober 2018 beantwortet werden können.

## **7 Informationen, Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte**

**Herr Böhme, Matteo:** Er habe gehört, dass bei dem Vorhaben „Zukunft Stadtgrün“ bereits einige Planungen zurückgestellt worden seien. Er wünsche sich daher einen aktuellen Sachstand.

**Herr Lämmerhirt:** Er werde sich erkundigen. Der in dem Vorhaben geplante Spielplatz auf der Tauernstraße werde 2019 errichtet. Für die Renaturierung des Geberbaches und des Niedersedlitzer Flutgrabens sei eine lange Planung notwendig. Derzeit befinde man sich zudem noch in der Diskussion, wie eine gute und zielführende Bürgerbeteiligung innerhalb des Vorhabens eingebunden werden könne.

**Herr Kater:** Verweist auf den Sonderbericht "Unterbringung und Organisation der Erstaufnahme der Flüchtlinge im Freistaat Sachsen" des Sächsischen Rechnungshofes. Demnach seien für 62 Millionen Euro Einrichtungen im Freistaat Sachsen geschaffen wurden, welche niemals in Betrieb gegangen sind sowie 25 Millionen Euro für Objekte, welche stillgelegt wurden, aber nach wie vor Kosten verursachen. Auch der Bau der Jugendhilfeeinrichtung auf der Breitscheidstraße 117 habe 2,8 Millionen gekostet. Derzeit sei der Standort mit 6 von möglichen 25 Personen bewohnt. Die damalige Umwidmung des Gebäudes sowie die jetzigen enormen Kosten für die Steuerzahler haben somit 13 von 15 damals anwesenden Ortsbeiratsmitgliedern mit zu verantworten.

**Herr Krien:** Er erkundigt sich über Gesprächsergebnisse der Bauarbeiten im Außenbereich des Kinder- und Jugendhauses Mosaik. Zudem habe er beobachtet, dass Baufahrzeuge entgegengesetzt der Einbahnstraße auf der Straße des 17. Juni zur Baustelle fahren. Ist dies gestattet?

**Herr Lämmerhirt:** Die Straßenverkehrsbehörde ordnet für Baumaßnahmen eine verkehrsrechtliche Anordnung an. Für die Kontrolle des fließenden Verkehrs sei die Polizei zuständig. Jedem Bürger

obliegt zudem das Recht einer Anzeige, wenn Verstöße gegen geltendes Recht festgestellt werden. Auch wenn es sich um eine privatrechtliche Angelegenheit handelt, habe er sowohl mit dem Mosaik als auch mit der Vonovia über die derzeitige Situation am Kinder- und Jugendhaus gesprochen.

**Herr Kunte:** Er halte das Abstellen von Fahrzeugen im Kurvenbereich in Höhe des Tolkewitzer Hofes für gefährlich, da insbesondere Ortsfremde unverhofft in den Schienenbereich der Straßenbahn ausweichen müssen. Er habe vor einer Weile bereits auf dieses Problem hingewiesen.

**Herr Lämmerhirt:** Bisher sei kein Prüfergebnis des Fachamtes bekannt. Er werde erneut nachfragen.

**Frau Reinhardt:** Auch sie habe bereits in der Vergangenheit über die Parkproblematik im Kreuzungsbereich Hosterwitzer Straße Ecke Zschierener Straße berichtet. Eine entsprechende Fahrbahnmarkierung zur Freihaltung des Kreuzungsbereiches sei angemessen. Auch könne man eventuell den Abschnitt mit Parkverbot anpassen, damit dort weitere Parkmöglichkeiten entstehen.

**Herr Lämmerhirt:** Er werde das Anliegen an die Straßenverkehrsbehörde weiterleiten.

**Herr Böhme, Rolf:** Wie ist der aktuelle Bearbeitungsstand zum Fußwegbau auf der Tronitzer Straße? Außerdem habe er gehört, dass es einen Zusammenschluss von Wahlkreisen geben soll.

**Herr Lämmerhirt:** Der Fußweg soll im Frühjahr 2019 errichtet werden. Innerhalb eines Treffens vor Ort habe man eine ämterübergreifende Lösung gefunden. Die Vorlage werde demnächst dem Stadtbezirksbeirat vorgestellt. Zum Themen Wahlbezirke habe der Stadtrat letzte Woche beschlossen, dass die Stadtbezirke Leuben und Loschwitz zukünftig in einem Kommunalwahlkreis zusammengefasst werden. Der Stadtbezirksbeirat werde jedoch nur in Leuben gewählt.

**Herr Mann:** Begrüßt die Fertigstellung des Außenbereiches rund um das neue Zschach Einkaufszentrum. Es seien 7 von 9 Platanen erhalten geblieben und auch neue Fahrradständer wurden errichtet. Lediglich die beantragten 2 Taxi-Stellflächen am Zufahrtsweg seien auf die gegenüberliegende Bahnhofstraße verlagert worden, was die Einkäufe für ältere Bürger leider etwas erschwere.

**Herr Bäuerle:** Der historische Kandelaber gegenüber Altkleinzschachwitz 1 wurde vor einiger Zeit umgefahren. Wann ist an der Stelle wieder mit einem adäquaten Ersatz zu rechnen?

**Herr Lämmerhirt:** Er werde beim zuständigen Beleuchtungstechniker nachfragen.

**Frau Köhler:** Wann wird die Turnhalle an der 95. Grundschule gebaut?

**Herr Lämmerhirt:** Die 2. Ausschreibung wurde aufgrund der zu hohen Angebote aufgehoben. Man müsse die weitere Entwicklung nun abwarten.

## 8 Informationen des Ortsamtsleiters zum Geschehen im Ortsamtsgebiet

Herr Lämmerhirt informiert über die ausgeteilten Leubener Nachrichten mit vielen aktuellen Themen über den Leubener Stadtbezirk. Aktuelle Zahlen zur Unterbringung von Asylbewerben wurden dem Stadtbezirksamt nicht zur Verfügung gestellt. Die nächste planmäßige Sitzung findet am 24. Oktober 2018 statt.

Die Sitzung endet 21:58 Uhr.

Jörg Lämmerhirt  
Vorsitzender

Paul Kutzschbach  
Schriftführer

Anita Köhler  
Stadtbezirksbeirat

Gottfried Mann  
Stadtbezirksbeirat